



1848 – Geburtsstunde der modernen Schweiz

Samstag, 12. September 2015
Bern

Es gilt das gesprochene Wort

„Wirtschaftliche Herausforderungen der Schweiz – schon damals mitten in Europa“
Stand: 2.9.2015

Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Damals wie heute werden die wirtschaftlichen Herausforderungen der Schweiz massgeblich von unserem Verhältnis zu Europa geprägt! Angesichts unserer geografischen Lage, aber auch unserer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Vernetzung ist Europa Teil unserer Geschichte geworden.

Der Zugang zu ausländischen Märkten ist für die Schweizer Wirtschaft seit jeher ein Schlüssel zum Erfolg. Nicht erst seit gestern finden unsere Unternehmen mit ihren Innovationen und Qualitätsprodukten Kunden in aller Welt. Im Mittelalter waren es die St. Galler Leinenweber, die in den europäischen Nachbarländern als Erste erfolgreich ein Netz von Handelsniederlassungen aufbauten.

Auch der aussereuropäische Handel hat schon früh floriert. Anfangs des 19. Jahrhunderts erschlossen Schweizer Kaufleute Brasilien als Absatzmarkt, 1819 wurde dort das erste Übersee-Konsulat eröffnet.

Und vor 150 Jahren begann man mit dem Export von Uhren und Präzisionsinstrumenten nach Japan, was durch den Abschluss eines Handelsabkommens massiv erleichtert wurde.

Dank dieser Präsenz – insbesondere in Europa, aber auch auf allen anderen Kontinenten - ist es unseren Unternehmen gelungen, zu wachsen und trotz sehr kleinem Heimmarkt weiterhin vom Standort Schweiz zu produzieren. Die Textil- und die Uhrenindustrie sind dafür auch heute noch die besten Beispiele.

Die Einbindung der Schweiz in den Aussenhandel war und ist für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung zentral.

Denn die Konkurrenz im und mit dem Ausland hat zu Innovation, Produktivität und Spezialisierung in den einheimischen Unternehmen geführt¹. Das Resultat ist die Produktion und der Export von qualitativ hochstehenden und wettbewerbsfähigen Gütern. Dies brachte und bringt der Schweiz Wachstum, Beschäftigung und generiert Einkommen.

Dabei hat sich die Entwicklung von gemeinsamen Vorgaben und Richtlinien für die Schweizer Wirtschaft als Erfolg herausgestellt. So hat z.B. die Harmonisierung von technischen Standards und Normen innerhalb der EU Handelsbarrieren abgebaut und somit die Schweizer Wirtschaft im Aussenhandel gestärkt².

Heute verdient die Schweiz jeden dritten Franken im Austausch mit der EU. 55 Prozent der Schweizer Exporte gehen in den EU-Raum und 72 Prozent der Importe stammen von dort.

Seit wir am europäischen Binnenmarkt teilnehmen, hat diese Zusammenarbeit eine nie dagewesene Dimension erreicht.

¹ Béatrice Veyrassat (2015): Aussenwirtschaft. In: Historisches Lexikon der Schweiz. Zuletzt abgerufen am 11.08.2015. <http://mobile.hls-dhs-dss.ch/m.php?article=D13776.php>.

² Thomas Cottier und Matthias Oesch (2012): Switzerland, 145. In: Internal Markets and Multi-Level Governance: The Experience of the European Union, Australia, Canada, Switzerland, and the United States. Herausgegeben von George Anderson, Forum of Federations. Oxford University Press.

Die bilateralen Verträge mit der EU sind ohne Zweifel eine elementare Grundlage für die erfolgreiche internationale Vernetzung unserer Wirtschaft.

Und diese ist vor allem für die in der Schweiz stark verankerten und oftmals international tätigen KMU-Betriebe enorm wichtig.

Während internationalen Grosskonzerne oft sehr mobil sind und flexibler auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren können, ist das für kleinere Betriebe sehr viel schwieriger. Gleichzeitig wollen wir auch die Grosskonzerne nicht abwandern sehen; sie spielen als lokale Abnehmer und Arbeitgeber eine wichtige Rolle.

Deshalb ist auch in Zukunft unabdingbar, was in der Vergangenheit schon wichtig war: Die Schweiz muss sich um einen möglichst offenen Marktzugang bemühen. Für den EU-Raum mit seinen 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten gilt dies ganz besonders.

Heute gewährleisten uns die bilateralen Abkommen diesen Zugang. Im Interesse unserer Unternehmen, unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstands sollten wir alles daran setzen, ihn zu erhalten.

Auch eine Neuausrichtung unserer Zuwanderungspolitik muss auf diese grundlegende Erkenntnis aus den letzten 700 Jahren Schweizerischer Wirtschaftsgeschichte Rücksicht nehmen.

Gewisse Kreise sind entgegen diesen Fakten bereit, diese Vorteile der bilateralen Verträge über Bord zu werfen.

Es wird sogar behauptet, dass wir diese Verträge gar nicht brauchen. Diese Haltung blendet konsequent aus, dass viel mehr auf dem Spiel steht als ein paar Verträge!

Es geht letztlich um die Frage, ob wir unserer Rolle in Europa in Zukunft noch gerecht werden wollen oder nicht.

Denn auch als überzeugtes Nicht-EU-Mitglied war und ist die Schweiz ein wichtiger Knotenpunkt im europäischen Netzwerk. Dies ist nicht zuletzt für eine kleine und exportorientierte Volkswirtschaft wie die Schweiz von grosser Bedeutung.

Wenn heute unsere Bauern deutlich mehr Käse nach Europa verkaufen, Industrieunternehmen massiv Kosten sparen, wenn Schweizer Forschende enger mit ihren Kollegen zusammenarbeiten und so die Innovation fördern oder wenn Schweizer Touristen günstiger in die Ferien fliegen können, dann liegt das zu einem wichtigen Teil auch an den bilateralen Verträgen mit der EU. Und vergessen wir nicht: auch den Studentenaustausch (Erasmus+) gibt es nur dank der Personenfreizügigkeit!

Gerade in einem wirtschaftlich angespannten Umfeld sind Bildung und Forschung zentral für eine zukunftsorientierte und innovative Wirtschaft. Die Forschung ist in der Schweiz, die weder Bodenschätze noch einen grossen Heimmarkt besitzt, eine der grössten Ressourcen. Unsere Innovationsfähigkeit geht darauf zurück und ist mit einer intensiven Vernetzung, dem ständigen Austausch und dem Geschick verbunden, die besten Spezialisten zu gewinnen

Ich bin selber immer wieder überrascht und fasziniert davon, wie viele KMUs in der Schweiz eine ursprünglich in der Forschung entstandene Innovation wirtschaftlich umsetzen konnten und so den Grundstein ihrer Existenz und Weiterentwicklung gelegt haben.

Seit 2002, als die bilateralen Verträge in Kraft traten, haben wir rund 600'000 Arbeitsplätze mehr in der Schweiz – und die Hälfte davon wurde von Schweizern besetzt. Unsere Exporte haben seither um 41 Mrd. CHF zugenommen. Während die Schweiz vor 2001 das Schlusslicht beim realen BIP-Wachstum pro Kopf war, befand sie sich im Zeitraum von 2003 bis 2014 in der Spitzengruppe.

Die Schweiz ist so stark mit der Europäischen Union verflochten wie kaum ein EU-Mitglied. Dies gilt insbesondere für die Integration in den EU-Binnenmarkt.

Die Vorstellung, man könnte dieses Handelsvolumen rasch mit aussereuropäischen Handelspartnern kompensieren, ist weit entfernt von jeglicher Realität.

Feststeht: Der Wert der Bilateralen I als Gesamtpaket ist grösser als die Summe der einzelnen Abkommen. Und wie der Bundesrat im Juni in einem Bericht sehr deutlich festgehalten hat, ist ein Freihandelsabkommen keine ausreichende Basis für unsere Beziehungen zur EU.

Deshalb verfolgen wir bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zwei übergeordnete Ziele:

wir wollen die bilateralen Verträge zu unserem wichtigsten Handelspartner sichern.

Und wir wollen eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Initiative, so wie das auch von den Initianten selbst gefordert wurde.

Der vorhandene Handlungsspielraum wurde aber bisher zu wenig ausgeschöpft. Wir sind überzeugt, dass es mit Hilfe einer Schutzklausel möglich ist, den Volkswillen einer Beschränkung der Zuwanderung und einen Verhandlungserfolg mit der EU zu vereinbaren.

Die Europapolitik besteht aber nicht ausschliesslich aus der Umsetzung der MEI. Der Bundesrat will offenbar ein Paket mit den verschiedenen offenen Fragen mit der EU schnüren. Teil dieses Pakets – wenn es denn zustande kommt – wird unweigerlich auch das institutionelle Rahmenabkommen sein. Und hier stellt sich die Frage der Rolle des EuGH im Falle von Streitigkeiten und damit die Frage der «fremden Richter»! Das müssen wir sehr sorgfältig im Auge behalten.

Es ist klar, dass es irgendwann eine erneute Abstimmung über Europa geben wird: niemand weiss aber heute, wann das genau sein wird und worüber wir abstimmen werden. Die Spannweite der möglichen Abstimmungsgegenstände ist breit: von RASA bis zu den Bilateralen III. Eines ist hingegen heute schon klar: diese Abstimmung dürfen wir nicht verlieren. Für die Unternehmen, aber auch für die Menschen in der Schweiz, werden die europapolitischen Entscheide zukunftsweisend sein.

Die Bundesverfassung von 1848 hat in der Schweiz nach Jahrzehnten der inneren Unruhen stabile Verhältnisse geschaffen. Solche sind eine Grundvoraussetzung für stabiles Wachstum und Wohlstand.

Dasselbe gilt heute auch für unsere Beziehungen zur EU:

Die Bilateralen haben diese auf eine solide Grundlage gestellt und damit den Unternehmen Marktzugang, Planbarkeit und Rechtssicherheit verschafft. Diese unschätzbaren Vorteile sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Wir von economiesuisse setzen uns deshalb für den Erhalt der bilateralen Verträge ein, um auch in Zukunft einen starken Wirtschaftsstandort für eine starke Schweiz zu erhalten!